Jürgen Nimptsch
Oberbürgermeisterkandidat

Martin Schilling
Stadtverordneter;
wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn

Das Konjunkturprogramm muss bei den Kommunen ankommen!

Jetzt nicht auf halber Strecke stehen bleiben - Bundesmittel für ein kommunales Konjunkturprogramm müssen direkt den Städten und Gemeinden zukommen. Verwaltungsvereinfachung beim Planungs- und Vergaberecht.

Anlässlich der aktuellen Diskussion zur Auflage eines aus Bundesmitteln finanzierten und von ihm dringend für notwendig gehaltenen Konjunkturprogramms für Kommunen spricht sich Jürgen Nimptsch, OB-Kandidat in Bonn, gemeinsam mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion dafür aus, diese Mittel bereitzustellen und den Kommunen direkt und ohne Kofinanzierungspflicht zur Verfügung zu stellen.

- Wir haben in der Vergangenheit leider immer wieder feststellen müssen, dass den Kommunen zugedachte Bundesmittel zum Teil in den Länderhaushalten verschwunden sind und gar nicht ihren eigentlichen Zweck erfüllen konnten. Damit muss jetzt Schluss sein. Das Geld der kleinen Leute muss auch ohne Umwege direkt wieder bei den kleinen Leuten vor Ort ankommen und das können nur die Kommunen sicherstellen.

- Bereits im Oktober hatte sich Jürgen Nimptsch für eine Fortsetzung des seit 2002 aus Bundesmitteln finanzierten und 2009 auslaufenden „Schröder-Programms“ zum Ausbau von Ganztagsschulen eingesetzt. Bei persönlichen Gesprächen im Dezember mit den SPD-Spitzen Müntefering, Steinbrück und Struck bekam Nimptsch Rückendeckung für seine Vorschläge zur Übertragung von Bundesmitteln direkt an die Kommunen, auch in anderen Bereichen als dem der Bildung.

- „Wenn ein 100.000 Euro Programm für jede Schule aufgelegt werden kann, muss dies auch für andere Politikbereiche gelten, in denen Zukunftsinvestitionen unmittelbar wirksam vor Ort getätigt werden können: im Gesundheitsbereich zum Beispiel oder in den Bereichen Energie und Umwelt.“

- Nimptsch sieht, wie auch die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn und der Bonner Bundestagabgeordnete Uli Kelber, erheblichen Bedarf für ein kommunales Konjunkturprogramm in Bonn und meldet in Berlin Bedarf an für zahlreiche Projekte. Folgende Projekte sind zu nennen:
  - Beschleunigte Umsetzung des Masterplans „Schulsanierung“, z.B. an folgenden Stellen: Siebengebirgsschule, Burgschule, Mehrzweckraum des Carl-von-Ossietzky-Gymnasiums (Sport- und Vereinsnutzung), Ausbau der Ganztagsschulen, Paulusschule

- Ausbau der „Familienzentren“ und „Offenen Türen“ zu *Nachbarschaftszentren,* in denen niedrigschwellige Angebote in Zusammenarbeit mit Schulen, Berufsschulen, Volkshochschule, Ämtern (z.B. der Schulpsychologische Dienst) und freien Trägern entstehen.
- Beschleunigte Sanierung von Schwimmbädern und Sportplätzen aus dem Prioritätenprogramm und von Turnhallen
- Weiterer Bau von Kreiseln aus dem Prioritätenprogramm, Sanierung von Verkehrswegen (Straßen, Gehwege, Radwege), barrierefreie Haltestellen, Rhein-Express-Fähre,
- Schnelle Umsetzung des Haltepunkts „Regierungsviertel“ und der „Bahnunterführung Ollenhauerstraße“
- Modernisierung des „Alten Schlachthofes“
- Energetische Sanierung von städtischen Gebäuden; hier besteht in den Nicht-Schulgebäuden erheblicher Nachholbedarf.

- Bundesweit sehen Nimptsch und die SPD-Fraktion einen Bedarf von 250 Euro pro Einwohner zur Modernisierung der kommunalen Infrastruktur, was einer Forderung von 75 Mio Euro aus Bundes- und Landesmitteln für die Stadt Bonn und 20 Milliarden Euro für Deutschland entspricht. Das Deutsche Institut für Urbanistik beziffert den kommunalen Investitionsbedarf bis 2020 insgesamt mit 700 Milliarden Euro.

- Nimptsch und die SPD-Fraktion fordern, im Weiteren auch auf den Nachweis von Eigenanteilen der Kommunen zu verzichten und alle beim Aufbau Ost erfolgreich erprobten Beschleunigungsmöglichkeiten für öffentliche Baumaßnahmen (Vergaberecht, Planungsbeschleunigungsgesetz, Beauftragung von Generalunternehmern) auch für das neue kommunale Konjunkturprogramm zu eröffnen. Damit werden erhebliche Möglichkeiten zur deutlichen Konjunkturverbesserung in der Region geschaffen. Jeder Euro, der im Rahmen eines Konjunkturpaketes des Bundes bei den Kommunen ankommt, zieht einen weiteren Euro an privaten Investitionen nach sich und würde damit auch indirekt zur Entlastung des sanierungsbedürftigen städtischen Haushalts beitragen.

- „Allein die 2009 von unserer Stadt trotz der schwierigen Haushaltslage bereitgestellten 63 Mio. € für Hochbaumaßnahmen kommen kleinen und mittleren Unternehmen in der Region – und dem Arbeitsmarkt – zugute. Jede weitere Million würde diesen Effekt verstärken.“ Aus Sicht der SPD-Fraktion heißt dies aber auch, dass schnell ein breiter Konsens über die zu verwirklichenden Projekte geschaffen wird, um langwierige Diskussionen und Hängepartien zu vermeiden.

- Nimptsch und die SPD-Fraktion haben auch ein besonderes Augenmerk auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Oft sind diese betroffen, wenn Rechnungen zu spät oder nicht bezahlt werden. Gerade hier müssen unbürokratische Möglichkeiten geschaffen werden, diesen oft gesunden Unternehmen kurzfristige Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. „Es kann nicht sein, dass den Verursachern der Krise, den internationalen Banken und Fonds, Milliarden zur Verfügung gestellt werden und der Handwerker nicht weiß, wie er seine Leute bezahlen kann.“